



Arbeitnehmer und Rentner Union

Wahlprogramm zur Europawahl 2019

Die ARU ist für eine EU – eine Gemeinschaft souveräner Staaten- auf der Grundlage von Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit. Fehlentscheidungen aus der Vergangenheit sind nachträglich zu korrigieren. Die EU ist durch Reform neu zu ordnen.

Die ARU macht hierzu Vorschläge und fordert gemäß Ihrem EU Programm:

1. Die Bürger der EU-Länder haben in freier Volksabstimmung darüber zu entscheiden, ob sie einen Zentralstaat oder einen Bund von Staaten wollen und welche Grundrechte ihrer nationalen Verfassungen sie an die EU-Verwaltung abtreten wollen. Nur wenn die Mehrheit des Volkes zustimmt, werden auch die Entscheidungen **mitgetragen**.
2. Bei EU Wahlen muss jede Wählerstimme gleichwertig sein. Die Diskriminierung, dass Deutschland 140 000 Wählerstimmen für einen Abgeordneten benötigt und andere Länder **nur 40 000 benötigen**, ist zu korrigieren.
3. Beitragszahlungen an die EU-Verwaltung sind auf einen für alle EU-Mitgliedsländer gleichen Prozentsatz der Mehrwertsteuer umzustellen. Die jetzige Berechnung nach Bruttoinlandprodukt bzw. Bruttosozialprodukt ist eine Mogelpackung und dient der Verschleierung, um möglichst hohe Zahlungen aus Deutschlands zu erreichen.
4. Der nie gekündigte Vertrag von Maastricht ist einzuhalten (No-Bailout-Klausel), wonach kein EU- Land für die Schulden anderer EU-Länder haftet. Wir lehnen ESM, ETFS und sonstige Verträge zur Kreditvergabe außerhalb jeglicher Prüfbarkeit und Transparenz ab.
5. Die Sonderregelungen für die EZB, wie Verbot von Untersuchungen in EZB Räumen, keine Strafverfolgung bei Fehlverhalten von Mitarbeitern usw. ist nicht akzeptabel.
6. EZB Ratssitzungen, in denen Zahlungsverpflichtungen der Nettozahlerländer beschlossen werden, ohne Teilnahme der Zahlerländer (durch Rotationsprinzip) lehnen wir ab.
7. Es sind einheitliche Grundregeln für den Austritt von Mitgliedsländern aus der Eurozone zu schaffen. Dies wären z.B. Rückzahlung von EU Subventionen von Nehmerländern an die EU- Verwaltung bzw. Erstattung von Mehrzahlungen der Nettozahlerländer, die schließlich, wie in jedem wirtschaftlichen Unternehmen, durch Zahlungen zum langfristigen Aufbau der Infrastruktur usw. geflossen sind.
8. Die ARU lehnt die Ausstellung von EU Visa in Ankunftsland mit freier Wohnsitzwahl ab, da dadurch der Asyltourismus in Länder mit hohen Sozialleistungen gefördert wird. Ankunftsland haben dadurch wenig oder überhaupt keinerlei Anreiz mehr zur Abarbeitung von Asylanträgen und den Schutz der Außengrenzen.
9. Sozialleistungen sind von den EU-Ländern zu zahlen, deren Bürger sie sind. Wir lehnen die Wohnsitzname eines EU Bürgers als Recht auf Sozialleistungen in einem anderen EU Land ab. Ansprüche auf Sozialleistungen können nur durch Arbeit erworben werden und sind in Abhängigkeit der Arbeitsdauer zu gewähren.
10. Die von der EU Sozialkommissarin (Marianne Thyssen) geforderten Kindergeldzahlungen für Kinder die im Ausland leben, nach dem Satz des Wohnsitzlandes eines Elternteiles zu vergüten, schafft Ungerechtigkeit. Die Kosten für Kinder richten sich nach den Lebenshaltungskosten in dem Land wo die Kinder leben. Außerdem **haben jeweils** nur die örtlichen Verwaltungen eine genaue Übersicht **über Anzahl und Betreuung der** Kinder, auch wenn ein Elternteil im Ausland lebt. Wir fordern deshalb nur Zahlungsüberweisung in ortsüblicher Höhe an diejenigen Behörden, die für Kindergeldzahlungen im Aufenthaltsland der Kinder zuständig sind.
11. Deutsch ist die meistgesprochene Sprache innerhalb der EU. Wir fordern (nach dem Brexit) statt Englisch jetzt Deutsch als Behördensprache (für Gerichte, Ausschreibungen usw.) **einzuführen**.
12. Wir fordern ein einheitliches Renteneintrittsalter und deren % Rentenhöhe zum erzielten Lebenseinkommen für alle EU Länder. Gezahlte Rentenbeiträge sind in wertsicher (Immobilien, Elektro- /Wasser-Versorgung, Edelmetalle usw, ohne Zugriffsmöglichkeit der Politik, in Selbstverwaltungen anzulegen.
13. Die geplante Errichtung des EUSF (Fond für Arbeitslosenversicherung) zielt darauf hinaus die Beiträge deutscher Arbeitnehmer zur Sicherung von Zahlungen in Krisenländer einsetzen zu können. **Die ARU lehnt dies ab..**

Viele Zustände in der EU erfordern eine Korrektur. Erforderliche Änderungen müssen von den Völkern verstanden werden. Die deutsche Regierung und ihre regierenden Parteien haben den derzeitigen Zustand mit verursacht. Es wird Zeit, dass sich diejenigen, die Deutschland aus dem Schutt wieder aufgebaut haben und diejenigen, die durch ihre Arbeit die Grundlage für den Wohlstand erarbeiten sich eine eigene Stimme geben.

Wer die Völker der EU mit Hegemonie quält, wird abgewählt! Daher ARU, Demokratie wählen!

Sauerlach, den 19.12.2018